

Wie viel Coca Cola wir vertragen können

Erst wenn die Nachfrage nachlassen oder sich die Vorwürfe erhärten würden, müsse man überlegen, Coca Cola-Produkte aus den Regalen der Mensen zu nehmen, so Michael Grob vom Deutschen Studentenwerk. Beides sei nicht der Fall. Das sehen die Kolumbien-Kampagne und das Studierendenparlament an der Universität Köln ganz anders. Sie haben zum Boykott aufgerufen.

Coca Cola war in den vergangenen Monaten wiederholt öffentlich in die Kritik geraten, weil der Getränkehersteller seine Mitarbeiter in Kolumbien nicht ausreichend schütze und aus Menschenrechtsverletzungen Profit schlage, so die Kritiker. Außerdem wird das transnationale Unternehmen verdächtigt, für eine Absenkung des Grundwasserspiegels in manchen Regionen Indiens sowie für den dortigen Vertrieb von Pestizid verseuchten Getränken verantwortlich zu sein. In den Cafeterien und Mensen an der Universität Münster scheinen diese Nachrichten nicht einmal für einen bitteren Beigeschmack zu sorgen. Werbeaufsteller präsentieren ein Produkt mit null Zucker an. Diese seien wie Schirme und Tische Teil eines Komplettpaketes, welches man mit Coca Cola geschnürt habe, wie Bernd Siegel aus der Wirtschaftsabteilung des Studentenwerks in Münster berichtet. Mangels finanzierbarer Alternativen werden Coke, Fanta, Sprite, Lift, Mezzo Mix und Bonaqua auch an der Uni Köln weiter zu erwerben sein – obwohl das Stupa einen Boykott beschlossen hat. „Coca Cola hat das günstigste Angebot. Sie stellen auch Getränke- und Pfandrückgabeautomaten kostenlos zur Verfügung“, argumentiert Peter Schink, Geschäftsführer des Kölner Studentenwerks. Das öffentliche Vergabeverfahren des Auftrags sehe keine moralischen Maßstäbe vor. Die Hände scheinen gebunden zu sein, den Mund will man sich in Köln aber nicht verbieten lassen.

Auch die Initiative für eine Kampagne gegen die Politik von Coca Cola in Kolumbien informiert weiter und kratzt an der Glaubwürdigkeit des Konzerns mit Hauptsitz in Atlanta. Doch Menschenrechtsverletzungen kann sie in dem südamerikanischen Land nicht verhindern. Die, die es könnten, unternehmen scheinbar nicht genug. Ansonsten wäre Señor Bonilla vielleicht noch am Leben. Verantwortlich für dessen Ermordung sei die kolumbianische Regierung unter Präsident Álvaro Uribe Vélez. Sie betreibe eine Vernichtungspolitik gegen Gewerkschaften und soziale Bewegungen, heißt es in einer Stellungnahme der Kampagne. Bonilla habe nicht nur die Interessen seiner Arbeitskollegen



In den Cafeterien und Mensen an der Universität Münster scheinen diese Nachrichten nicht einmal für einen bitteren Beigeschmack zu sorgen.

bei einer staatlichen Erdölfirma vertreten, sondern auch an Aktivitäten der Gewerkschaft Sinaltrainal gegen Coca Cola teilgenommen. Er hinterlasse eine Frau und sieben Kinder, so die Kampagne, die im August Nachricht vom Tod des Gewerkschafters erhielt.

Carlos Arturo Montes Bonilla ist nicht das erste Opfer. Kolumbien befindet sich seit Jahrzehnten in einem bürgerkriegsähnlichen Zustand. Die Auseinandersetzungen zwischen linksgerichteten Guerillas und rechten Paramilitärs lassen sich aus der Ferne kaum beobachten, Informationen nur schwer überprüfen. Fakt ist, dass Hunderte von Gewerkschaftern in den letzten Jahren ums Leben gekommen sind. Neun von ihnen gehörten der Lebensmittelgewerkschaft Sinaltrainal an und waren Arbeiter bei Coca Cola. Ein Gericht in Miami sowie ein Ermittlungsverfahren kolumbianischer Behörden haben keine Beweise erbracht, dass der Konzern in die Morde verwickelt ist, obwohl die Mitarbeiter teilweise vom Betriebsgelände verschleppt worden sind. Kai Falk, Direktor für Kommunikation bei Coca Cola, verweist darauf, dass, wenn Mitarbeiter in ihren Rechten bedroht werden, sie aktiv geschützt würden.

Die Wege von Zuhause zur Arbeit seien besonders gefährlich. Deswegen habe man beispielsweise Mobiltelefone für einen Notruf verteilt und einen Shuttleservice eingerichtet. Zur gleichen Zeit seien die Löhne der Arbeiter von 600 auf 150 US-Dollar monatlich gesunken, merken Kritiker an.

Peter Schink wundert sich, dass trotz Boykottaufrufen und zunehmender medialer Aufmerksamkeit sich am Umsatz mit Coca-Cola-Produkten nichts geändert habe. Man konsumiere also wie gewohnt. Das bestätigt auch Michael Grob: „Die Studentenwerke sind nicht mit Coca Cola verheiratet. Für uns ist das Kriterium, was die Studenten kaufen wollen.“ Dass die Studenten meinen, Coca Cola zu wollen, scheint den Öffentlichkeitsarbeiter weniger zu überraschen. „Das Unternehmen hat die Vorwürfe stets offensiv gekontert.“ Ende September brachte Schink das Thema auf die Agenda eines bundesweiten Geschäftsführer-Treffens der Studentenwerke. Da erfuhr er, dass auch die Studierendenparlamente in Hannover, Darmstadt und Freiburg bestrebt waren, Druck auf die Verantwortlichen des global agierenden Konzerns auszuüben und einen Boykott durchzusetzen – bis-

her vergeblich. Kai Falk würde derartige Entscheidungen bedauern und gibt zu Bedenken: „Das Unternehmen mit seinen Arbeitnehmern in Deutschland darf nicht pauschal für die politische Lage in Kolumbien verantwortlich gemacht werden.“ Mit Entlassungen als direkte Konsequenz sei nicht zu rechnen. Rund 12 000 Mitarbeiter sind hierzulande bei dem Brausehersteller in 25 Abfüllbetrieben und an über 80 Distributionsstandorten beschäftigt.

Doch nicht nur als Arbeitgeber sondern auch als Sponsor spielt das Unternehmen in der Bundesrepublik eine bedeutende gesellschaftliche Rolle, insbesondere im Bereich Sport. Nahezu alle Mannschaften der 1. und 2. Fußball-Bundesliga bekommen ihre finanzielle Dosis ab. Der Deutsche Fußball Bund (DFB) hat vor kurzem beschlossen, weitere zwei Jahre mit Coca Cola zusammen zu arbeiten. Auf einer Pressekonferenz vor dem EM-Qualifikationsspiel gegen Irland gab Teammanager Oliver Bierhoff bekannt, dass er sich freut, seinen Werbevertrag ebenfalls bis 2008 verlängert zu haben. Kein Journalist fragte ihn, ob er von den Vorwürfen gegenüber Coca Cola wisse. Stattdessen stand zur Debatte mit welchen Marken-Schuhen die Nationalspieler künftig auflaufen. Dabei hatte die Kolumbien-Kampagne Bierhoff und Mannschaftskapitän Michael Ballack in einem Offenen Brief aufgefordert, ihre Werbeeinkünfte den Angehörigen der ermordeten Gewerkschafter zur Verfügung zu stellen. „Bisher gab es keine Reaktion von Bierhoff und Co“, so Raul Zelik von der Kampagne.

Vielleicht hätte er bei Johannes B. Kerner nachfragen sollen. Fünf Millionen Euro soll Coca Cola der Werbeauftritt des Fernsehjournalisten mit dem Tafelwasser Bonaqua wert gewesen sein. „Das ist kein schlechtes Wasser. Die haben mich angesprochen“, erzählte Kerner damals einem Journalisten der Berliner Zeitung (12.4.04). Geld habe bei seiner Entscheidung, Werbeträger von Coca Cola zu werden, natürlich eine Rolle gespielt. Werbestrategisch ein genialer Schachzug des Unternehmens, denn ihr Produkt profitiert von der Glaubwürdigkeit des im TV allgegenwärtigen Moderators und Journalisten. Dafür war Kerner im Vorfeld der Fußball-WM in die Kritik geraten. Das ZDF setzt trotzdem auf eine weitere Zusammenarbeit mit ihm. Allerdings müsse er Werbeaufträge künftig genehmigen lassen. Hierfür ist das Selbstverständnis von der Unabhängigkeit des Journalisten entscheidend, weniger moralische Bedenken.

Coca Cola hat vor drei Monaten angekündigt, dass eine Kommission der

Internationalen Arbeiter Organisation (ILO) noch in diesem Jahr die Vorfälle untersuchen werde. Ein Konzept dafür sei schon erarbeitet worden. „Wir haben vollstes Vertrauen in die Untersuchung“, so Falk. Er wisse jedoch nicht, ob die Kommission bereits vor Ort ist. Auch Raul Zelik von der Kolumbien-Kampagne ist diesbezüglich ahnungslos. Er zweifelt aber wiederholt die Unabhängigkeit dieser Kommission an, weil sie ohne Absprache der betroffenen Gewerkschaft Sinaltrainal zustande gekommen sei. „Auf die ILO-Kommission kann Coca Cola Einfluss ausüben. Das Unternehmen ist als Arbeitgebervertreter in der ILO präsent.“ Es steht Aussage gegen Aussage. Das macht den Kampf um die Glaubwürdigkeit umso wichtiger. Die Bauernopfer sind die Arbeitnehmer und ihre Familien in Kolumbien. Auf der sicheren Seite stehen die Konzern-Bosse in Atlanta und der kolumbianische Präsident Álvaro Uribe Vélez. Glücklicherweise auch die Studierenden in Deutschland.

Beitrag und Foto: Michael Billig

Wohin steuert die deutsche Gesellschaft?

Die letzte OECD-Bildungsstudie zeige laut AStA der Uni Münster für Deutschland zwei „sonderbare Tendenzen“, die stark von der Entwicklung anderer Industriestaaten abweichen. Während die Erhöhung der Studierendenquote in den letzten zehn Jahren in Deutschland nur ein Fünftel von der der OECD-Länder betrug, stieg in der gleichen Zeit der Einkommensvorteil von Akademikern in Deutschland sechsmal stärker.

Das heißt: Das deutsche Bildungssystem verschließe weiterhin vielen Jugendlichen die Möglichkeit zu einer akademischen Bildung, mache aber in einem rasanten Tempo die Schere zwischen den Einkommen von Akademikern und Nicht-Akademikern immer größer.

Dies sei nicht nur aus menschenrechtlicher Betrachtungsweise bedenklich – hier ist an den Besuch des Menschenrechtbeobachters Vernor Muñoz zu erinnern –, sondern auch aus bildungsökonomischer Sicht. AStA-Referent Andreas Kemper: „Um es auf den Punkt zu bringen: Die Entscheidungsträger in Deutschland verzichten auf eine in anderen Ländern schon lange stattfindende Modernisierung des Bildungssystems, zugunsten einer ständischen Pfründesicherung für den Nachwuchs aus reichem Elternhaus.“ Vor dem Hintergrund der deutschen Geschichte, so Kemper weiter, könne so ein Sonderweg des Modernitätsverzichts Angst machen, zumal der Rechtsextremismus in Deutschland gleichzeitig stark ausgeprägt ist.

„Die Wirtschaft brummt doch angeblich, weshalb wird also nicht ein Programm entwickelt und finanziert, welches es einer Million Jugendlichen aus den niedrigen Schichten ermöglicht und attraktiv erscheinen lässt, zu studieren? Hiermit könnten wir den Anschluss an die internationale Gemeinschaft wieder erlangen“, so Kemper.

AStA-Mitteilung

Anzeige

Gesundheit ist ein Menschenrecht

Deshalb hilft **ÄRZTE OHNE GRENZEN** in rund 70 Ländern Menschen in Not – ungeachtet ihrer Hautfarbe, Religion oder politischen Überzeugung.



MEDECINS SANS FRONTIERES
ÄRZTE OHNE GRENZEN e.V.

Helfen Sie mit!

Bitte schicken Sie mir unverbindlich

- allgemeine Informationen über **ÄRZTE OHNE GRENZEN**
- Informationen für einen Projekteinsatz
- Informationen zur Fördermitgliedschaft
- die Broschüre „Ein Vermächtnis für das Leben“

11104301

Name _____

Anschrift _____

E-Mail _____

ÄRZTE OHNE GRENZEN e.V.
Am Köllnischen Park 1 • 10179 Berlin
www.aerzte-ohne-grenzen.de

Spendenkonto 97 0 97
Sparkasse Bonn • BLZ 380 500 00